

Kontakt

Es bleibt spannend

Wir sind eine politische Partei, die sich im Rahmen der Bundesverfassung für eine staatliche Ordnung nach biblischen Wertmassstäben einsetzt. Wir lassen uns leiten vom Glauben an Jesus Christus und vertrauen der Bibel. Wir suchen allezeit das Beste für unser Land und im Interesse der Wahrheit sagen wir auch dann Nein, wenn die öffentliche Meinung eine andere ist. Wir haben die Courage, gegen den Mainstream zu schwimmen und nicht zu den Netten und Lieben zu gehören. Es geht bei uns auch nicht primär um Wähleranteile, sondern darum, Gott zu gefallen. Wir sind eine Partei voller Individualisten, die sich mit Enthusiasmus für die Ziele der EDU einsetzen. Weil die Politik das gemeinsame Leben in der Gesellschaft bestimmt, geht sie uns alle etwas an.

Wir stehen vor einer entscheidenden Phase in unserer Mission.

Wir bereiten uns auf die Wahlen in den Jahren 2014 und 2015 vor. Denn wir sind überzeugt, dass die EDU Einzigartiges zum Gelingen der Schweiz beitragen kann. Dabei denke ich konkret daran, dass es unserem Land besser ginge, wenn die biblischen Richtlinien mehr beachtet würden, wenn Gottes Weisheit mehr zum Tragen käme, wenn Sein Segen die guten Bemühungen gelingen liesse. Dafür braucht es auf allen politischen Ebenen, von der Gemeinde bis zur Bundespolitik, EDU-Leute.

Wenn Sie bei dieser bedeutungsvollen Aufgabe ebenfalls dabei sein möchten, sind Sie herzlich eingeladen. Unser Sekretariat steht Ihnen gerne zur Verfügung. Für Ihre Gebete und Unterstützung bedanke ich mich ganz herzlich.

Von Herzen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr. In Anlehnung an einen Wunsch des Apostels Johannes ist mein Gebet für Sie: «Es ist mein Wunsch, dass Sie gesund bleiben und in allem einen guten, geebneten Weg haben – auch im Hinblick auf Ihren Glauben.»

(3. Johannesbrief V. 2)

Gottes reichen Segen!



Ihr
Peter K. Meier,
Parteipräsident



Einheit x Strategie = Wahlerfolg

Welche Strategie uns wieder in den Nationalrat bringt

2

Neues aus dem Kantonsrat

Wie die Zürcher Regierung den illegalen Aufenthalt von Sans-Papiers schützt

4–6

Hat die Regierung von Jesus ihre Ziele erreicht?

Eine weihnächtliche Zwischenbilanz

7

Agenda

Wer? Was? Wo? Wann?

8

Strategie

Einheit x Strategie = Wahlerfolg



Von Daniel Suter, Winterthur
Geschäftsführer

**Wie kommt die EDU dahin, wo sie hingehört – in den Nationalrat?
Mit einer klugen Strategie!**

Was ist Strategie?

Eine Strategie ist der Weg von der Jetzt-Situation zum Ziel. Da es meist viele mögliche Wege von A nach B gibt, muss man sich auf einen bestimmten einigen. Dieser Weg sollte folgerichtig, einfach umzusetzen und realistisch machbar sein. Folgerichtig bedeutet, dass die Strategie in sich schlüssig, d.h. logisch nachvollziehbar wirklich von A nach B führt. Voraussetzung ist eine detaillierte, ehrliche Analyse des Ausgangspunkts A, das ist der Ist-Zustand. Darauf folgt eine möglichst konkrete Vorstellung des Ziels, das ist Punkt B. Der Abschluss dieses Prozesses ist die Entscheidung für eine bestimmte Strategie, was gleichzeitig die Absage an andere mögliche und ebenso gute Strategien ist. Eine Strategie ist so weit erfolgreich, wie der Wille zu Einheit und Disziplin reicht, sie konsequent umzusetzen. Dabei hat eine simple Strategie Vorteile gegenüber einer komplexen, weil sie weniger störanfällig ist. Aus meiner Sicht ist eine Strategie dann gut, wenn sie Wähler mobilisieren kann. Aber was braucht es dazu?



Säen und ernten



Wahlkampf ist Erntezeit. Wer bei den Wahlen eine grosse Ernte einfahren will, muss jetzt säen und die Saat pflegen. Denn im Wahlkampf geht es nur noch darum, die Zielgruppe, die man in den vergangenen vier Jahren überzeugt hat, zu mobilisieren. Womit überzeugen wir heute unsere Wähler, damit sie bis zu den nächsten Wahlen aus Überzeugung EDU wählen? Wählen heisst auswählen. Die Wähler brauchen also Argumente, warum sie die EDU aus dem ganzen Strauss von Partei-

en auswählen sollen. Was machen wir besser als andere? Womit können wir bei unseren Wählern punkten? Was ist unsere einzigartige Stärke? Die Antworten auf diese Fragen müssen für uns als Partei kristallklar sein; im Schlaf sollten wir sie hersagen können. Wie überzeugen wir unsere Zielgruppe ganz konkret?

Persönliche Beziehungen



Menschen sind die wirkungsvollsten Werbeträger. Darum investiert eine kluge Strategie in persönliche Beziehungen. Sie können das selber überprüfen: Was überzeugt Sie eher: ein Werbeflyer, ein Plakat oder die Empfehlung eines persönlichen Bekannten? Daraus schliesse ich: Wer sich bei seiner Zielgruppe aufhält, wer dort Klinken putzt und Hände schüttelt, überzeugt Wähler. Und wer seine Wähler erst noch namentlich vor Gott erwähnt, ist nicht zu stoppen.

Begeisterung mobilisiert



Wer für die Sache seiner Partei brennt, kann andere anzünden. Und begeisterte Menschen lassen sich im Wahlkampf mobilisieren. Das Feuer der Begeisterung breitet sich entlang der persönlichen Beziehungen aus. Darum braucht Leidenschaft den persönlichen Kontakt, um überzuspringen. Folglich können wir so viele Menschen mit Begeisterung anstecken, wie wir persönlich kennen. Die «Strategie der persönlichen Beziehungen» ist aus meiner Sicht folgerichtig, realistisch und für die EDU auf allen Ebenen einfach umsetzbar. In Einheit umgesetzt, führt sie uns in den Nationalrat.

«Kontakt»

Neu: «Standpunkt» mit Zürcher Schwerpunkt



Seit 20 Jahren gibt die EDU Kanton Zürich den «Kontakt» heraus. Diese Tradition geht mit dieser Ausgabe zu Ende. Ab Februar 2013 erscheinen unsere Nachrichten, Berichte, Stellungnahmen, Analysen, Interviews ... als Zürcher Teil des «Standpunkts» – als Zürcher Upgrade zum «Stampi» sozusagen. Was Sie also jetzt in

Händen halten, ist die letzte eigenständige Ausgabe unserer Zeitschrift.

Aus zwei guten Produkten wird ein noch besseres

Mit diesem Schritt können wir Sie häufiger und kompakter informieren als bisher. Statt 6- oder 7-mal jährlich neu 10-mal; also möglichst in jeder Ausgabe des «Standpunkts». Sie lesen folglich häufiger von uns und das mit einer Zeitschrift weniger im Briefkasten. Die EDU spart damit Druck- und Versandkosten. Oder anders gesagt: Mit ungefähr dem gleichen Budget sind wir ab 2013 aktueller, häufiger und leserfreundlicher bei Ihnen.

Finanzen

Von Martin Lobsiger, Kassier



Aktueller Kontostand ☹️☹️

Wie Sie bereits im Begleitbrief lesen konnten, lag der Spendeneingang vor dem Druck dieses «Kontakts» noch weit hinter den Erwartungen. Damit wird auch unsere Liquidität stark beeinträchtigt. Wir möchten all unseren finanziellen Verpflichtungen fristgerecht nachkommen, weshalb wir für einen besonderen Spenden-Effort herzlich dankbar sind.

Spendenbestätigung 2012

Die Spendenbestätigung 2012 für die Steuerbehörde erhalten Sie bis spätestens Ende Februar 2013. Je nach Ihren Einzahlungen kann es sein, dass Sie gleich von mehreren Stellen eine Bestätigung erhalten: Nämlich von der EDU Schweiz, von der EDU Kanton Zürich und von Ihrer Bezirks- oder Ortspartei,

je nach dem auf welches Konto Sie einbezahlt haben. Mit dem neuen Konzept «Standpunkt mit Zürcher Schwerpunkt» wird dies in den folgenden Jahren aber vereinfacht.

«So soll jeder für sich selbst entscheiden, wie viel er geben will, und zwar freiwillig und nicht aus Pflichtgefühl. Denn Gott liebt den, der fröhlich gibt.»

(2. Korintherbrief 9,7 HfA)

Herzlichen Dank, Ihr

Martin Lobsiger



Impressum EDU-Kontakt, Nr. 133, Dezember 2012 21. Jahrgang, Auflage: 6'600 Ex.

Der «EDU-Kontakt» ist das christlich-politische Bulletin der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) Kanton Zürich.

Herausgeber

EDU Kanton Zürich
Bürglistr. 31, Postfach 248
8408 Winterthur
Tel./Fax: 052 222 42 61
Natel: 079 216 03 16
www.edu-zh.ch
info@edu-zh.ch

«EDU-Kontakt»-Abonnement

Der «EDU-Kontakt» erscheint siebenmal jährlich und kostet nur 10 Franken. Für Parteimitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Von den Unterstützungsbeiträgen der Nichtmitglieder gelten die ersten 10 Franken der Spende als Abonnementsbeitrag.

Ihre Spende an die EDU ist vom steuerbaren Einkommen abziehbar!

Wenn Sie den orangen Einzahlungsschein am Begleitbrief benutzen, zahlen Sie Ihre Spende auf das Postkonto 01-73830-4 der EDU Kanton Zürich, 3601 Thun, ein. Ihre Zahlung wird automatisch und vollumfänglich der EDU Kanton Zürich gutgeschrieben.

Wenn Sie einen roten Einzahlungsschein benutzen, überweisen Sie Ihre Spende bitte auf das Postkonto 80-37173-6 der EDU Kanton Zürich, 8408 Winterthur. Einzahlungsscheine können beim Kassier jederzeit angefordert werden, martin.lobsiger@edu-zh.ch oder Tel. 044 860 06 33.

Kantonsrat

Der Regierungsrat schützt den illegalen Aufenthalt von Sans-Papiers

Mit haarsträubenden und für das Volk nicht nachvollziehbaren Argumenten versuchte der Regierungsrat darzulegen, weshalb verschiedene Amtsstellen keine Meldung über Sans-Papiers machen dürfen. Lesen Sie dazu die nachstehenden Artikel zu den Themen «Stimmverhalten des Kantonsrats», «Regierung vernachlässigt die Rechtsstaatlichkeit».



Stimmverhalten des Kantonsrats

Jeden Donnerstag erhalten wir Kantonsräte ein dickes braunes Couvert. Unter neuen Vorstössen, Gesetzesentwürfen usw. liegt immer auch die blaue «Einladung» mit der etwa 150 Traktanden umfassenden Traktandenliste für die Kantonsratssitzung vom

kommenden Montag bei. Pro Sitzung können etwa 10 Traktanden behandelt werden. Nach den Reden der einzelnen Fraktionssprecher kommt es in den meisten Fällen zu einer Abstimmung, bei der jedes Ratsmitglied an seinem Platz den entsprechenden Knopf für «Ja», «Nein» oder «Enthaltung» drücken muss. Danach erscheint das Abstimmungsergebnis auf Bildschirmen, wo jeweils auch zu sehen ist, wie die verschiedenen Parteien

abgestimmt haben. Man kann sogar sehen, welchen Knopf die einzelnen Kantonsräte gedrückt haben.

Am Beispiel des Verhandlungsgegenstandes Nr. 8 der Traktandenliste vom 5. November 2012 (Meldung von Personen ohne geregelten Aufenthalt an das Amt für Migration) ergab sich das nebenstehende Bild.

In diesem Fall hat sich eine Mehrheit (108 rote Punkte) dagegen ausgesprochen, dass Personen mit illegalem Aufenthalt (d.h. Sans-Papiers) an das Migrationsamt zu melden seien. Die EDU finden Sie auf dem Bild unten links mit grünen Punkten. Wir EDU-Kantonsräte haben Ja gestimmt. Ein Auszug aus der Rede unseres Fraktionspräsidenten Heinz Kyburz zu diesem Vorstoss folgt gleich nachstehend. Wir möchten in Zukunft öfters mit solchen Abstimmungsbildern zeigen, wie die EDU in der Zürcher Politlandschaft zu einzelnen Sachthemen einzuordnen ist.



Von Erich Vontobel, Wolfhausen
Kantonsrat



Von Heinz Kyburz, Männedorf
Kantonsrat und
Präsident der EDU-Fraktion

Regierung vernachlässigt die Rechtsstaatlichkeit

Die EDU unterstützte zusammen mit der BDP einen Vorstoss der SVP, welcher eine generelle Meldepflicht für Sans-Papiers einführen wollte. Das Anliegen war chancenlos. «Recht und Ordnung sind die Grundlagen jeder funktionierenden Demokratie. Ein Rechtsstaat ist ein Staat, der das Recht durchsetzt. Dazu gehört auch das Recht des Staates, darüber zu befinden, wer sich in diesem Staat aufhalten und wer sich nicht aufhalten darf. Die kantonalen Angestellten sollen verpflichtet werden, dem Migrationsamt Meldung zu machen, wenn sie mit Personen ohne geregelten Aufenthalt, also Ausländern ohne Papiere, zu tun haben. Die Verwaltung ist der verlängerte Arm des Rechtsstaates, währenddem es private Organisationen gibt, welche sich wie die Gewerkschaft Unia

für die Rechte der Papierlosen starkmachen. Auf der Homepage der Unia findet man eine Broschüre für «Sans-Papiers», die bemerkenswert ist. Unter Ziffer 7 «Polizei» dieser Broschüre steht: «Aus Sicht der Behörden verstösst du als Sans-Papiers durch deine blosse Anwesenheit in der Schweiz gegen das Gesetz. Arbeiten ohne Bewilligung ist ein weiterer Verstoss. Wenn die Behörden von deinem Aufenthalt erfahren, dann wirst du meist aus der Schweiz weggewiesen und erhältst eine Einreisesperre von 2 bis 3 Jahren. Zusätzlich kannst du eine Busse oder Gefängnisstrafe erhalten.» Die Unia hält also sehr treffend fest, wie aus behördlicher Sicht der Umgang mit papierlosen Ausländern zu erfolgen hat.

Schulen müssen Sans-Papiers verheimlichen

Die Stellungnahme der Regierung ist hingegen zwiespältig. Einerseits weist sie darauf

Fraktion

Es gehört zum Recht des Staates, darüber zu befinden, wer sich in diesem Staat aufhalten und wer sich nicht aufhalten darf.



hin, dass es die gewünschten Meldepflichten zum Teil schon gibt, und andererseits lehnt sie weitere Meldepflichten mit teilweise haarsträubenden Argumenten ab:

1. Das fehlende Recht von Schulen, dem Migrationsamt Meldung über papierlose Ausländer zu machen, ist ein Skandal und widerspricht den Grundsätzen eines Rechtsstaates. Dieser Missstand lässt sich auch nicht mit dem Argument der Güterabwägung rechtfertigen. Denn die Güterabwägung kann ohne Meldung im Einzelfall gar nicht vorgenommen werden. Deshalb sollen die Schulen Meldung machen, und das Migrationsamt hat danach darüber zu befinden, ob eine Familie aus ausländerrechtlichen oder humanitären Gründen in der Schweiz bleiben kann oder ausgewiesen wird.

2. Das Verbot für Zivilstandsbeamte, dem Migrationsamt Meldungen über Personen zu machen, die bei einer Geburt, einer Kindeserkennung oder einem Todesfall keinen rechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz haben, ist ebenso ungeheuerlich.

Noch schlimmer ist die Argumentation der Regierung, welche die Haltung einnimmt, man müsse aus dem Wortlaut von Art. 51 Abs. 1 ZStV, welcher die Meldung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen ausschliesslich vorsieht, jedoch andere Personengruppen nicht nennt, den Schluss ziehen, Meldungen für Personen ohne geregelten Aufenthalt seien somit nicht zulässig. – Ja, wo kämen wir hin, wenn wir in der Zivilstandsverordnung und ähnlichen Verordnungen noch Regelungen über Papierlose machen müssten, die ja gar kein Aufenthaltsrecht in der Schweiz haben. Für die EDU ist klar, dass alle Ausländer in der Schweiz erfasst werden müssen und das Recht auf Aufenthalt und Arbeit von den vom Migrationsamt ausgestellten Papieren abhängig ist. Wo aber keine Erfassung vorliegt und deshalb auch keine Papiere ausgestellt worden sind, muss von einem illegalen Aufenthalt und Verstoss gegen die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen ausgegangen werden, der dem Migrationsamt zu melden ist.»

Verdeckte Ermittlung gegen Pädophile ist wieder möglich

Mit der am 1.1.2011 in Kraft getretenen eidgenössischen Strafprozessordnung (STPO) wurde der Polizei das Recht auf eine verdeckte Ermittlung weitgehend entzogen. Dadurch konnte die Polizei im Internet Pädophile und ihre Machenschaften nicht mehr gezielt aufspüren, sodass Kinder und Jugendliche dort oft Belästigungen ausgesetzt sind und mögliche Straftaten drohen. Die vom Nationalrat und Ständerat erarbeitete STPO stiess in den Kantonen auf grosses Unbehagen. Nach langen juristischen Auseinandersetzungen konnten wir nun in der Kommission sowie im Kantonsrat eine kantonale gesetzliche Grundlage verabschieden, welche die verdeckte Ermittlung wieder zulässt und regelt. Dazu gehören auch die verdeckte Kontaktnahme für Scheinkäufe und Testkäufe (wie z.B. im Betäubungsmittelbereich) sowie Videoaufnahmen im öffentlichen Raum, insbesondere bei Gross- und Sportveranstaltungen.



Von Michael Welz, Oberembrach Kantonsrat

Die Polizei muss Straftaten wirksam verhindern können.



Kantonsrat



Von Hans Peter Häring
Wettswil am Albis, Kantonsrat

Schulprogramme sollten abgeschafft werden

Stefan Dollenmeier hat mit einem SVP-Kantonsrat verlangt, dass die Schulprogramme abgeschafft werden sollen. Mit dieser parlamentarischen Initiative sollten die Lehrpersonen von administrativen Aufgaben entlastet werden. Die Lehrer hätten die Freiheit, wie sie die im Volksschulgesetz festgehaltenen Lehrziele erreichen wollen, wieder vollständig erhalten. Die Schulprogramme tragen

nichts, aber auch gar nichts zur Anhebung der Qualität des Unterrichts bei und hätten deshalb ohne Verlust fallengelassen werden können. Viel wichtiger als Schulprogramme scheint mir, dass sich die Schulen dafür einsetzen, dass Sekundarschüler wieder wissen, dass man Vater mit V schreibt, dass sie das Einmaleins beherrschen und dass sie zwischen Mein und Dein unterscheiden können – übrigens ein biblisches Gebot. Leider fand das Anliegen im Rat keine Mehrheit.



Von Hans Egli, Steinmaur
Kantonsrat

Uster West braucht eine Lösung des Bahnbarrieren-Problems

Die Stadt Uster, die Mehrheit der Bevölkerung und die EDU wollen endlich eine Unter- oder Überführung der SBB-Linie. Dass nun zwei Projekte vorliegen, und die jeweiligen Befürworter durch viel Lobbying für

ihr Anliegen kämpfen, irritiert. Vor allem die Tatsache, dass der Stadtrat das Projekt Unterführung Winterthurerstrasse bewusst verzögert hat, wirft ein schales Licht auf Uster. Nach jahrelanger Planung zwischen Stadt und Kanton ist nun ein 21-Millionen-Projekt mit dem grösstmöglichen gemeinsamen Nenner entstanden. Die EDU will weniger Stau und mehr Lebensqualität. Die EDU will aber vor allem keinen weiteren Scherbenhaufen in Uster und hat deshalb wie die grosse Mehrheit des Kantonsrates (127 Ja zu 45 Nein) dem Verpflichtungskredit des Kantons für die Umfahrung Uster West zugestimmt.



Die Stadt Uster, die Mehrheit der Bevölkerung und die EDU wollen endlich eine Unter- oder Überführung der SBB-Linie.

Kein staatlicher Eingriff im Wohnungsmarkt

Ein Initiant forderte eine gesetzliche Grundlage, damit Standortgemeinden leer stehende Gebäude von Privaten nutzen können. «Die Forderung nach Nutzung von leer stehenden Wohnungen durch den Staat ist eine sehr weitreichende Forderung. Wir sprechen hier von faktischer Enteignung, von Wegnehmen des Verfügungsrechts über persönliches Eigentum. Der Staat muss das Eigentum schützen und nicht aneignen. Staaten, in denen über das Privateigentum einfach so verfügt wird, haben nichts mit unserem Ver-

ständnis von Rechtsstaat zu tun. Dieses sozialistische Gedankengut darf in unserem Land nicht ansatzweise angedacht werden. Selbst die Regierung weist auf den Grundsatz der Verhältnismässigkeit hin. Der Eingriff in das Eigentum muss in einem vernünftigen Verhältnis sein. Der Eingriff ins Eigentum darf nur bei übergeordneten Infrastrukturbauten gestattet werden. Diese unsinnige Forderung schafft viele neue Probleme, statt welche zu lösen.» Zusammen mit der EDU wurde diese parlamentarische Initiative mit 131:32 deutlich abgelehnt.

Christ & Politik

Hat die Regierung von Jesus ihre Ziele erreicht?



Von Daniel Suter

Eine weihnächtliche Zwischenbilanz

An Weihnachten verkündeten die Engel, dass der Gesalbte Gottes, der Messias, der Herr geboren worden sei. Während etwa drei Jahren hat Jesus diesen Anspruch bewiesen und wurde schliesslich als Herrscher über Himmel und Erde eingesetzt. Das erklärte Ziel seiner Regierung ist es, alle Völker mit dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit allmählich zu durchdringen. Das ist die übereinstimmende Erzählung des Neuen Testaments. Hat Jesus sein Ziel erreicht? Ich vermute nein, noch nicht. Was veranlasst mich zu dieser Annahme?

Trotz der enormen Ausbreitung des Reiches Gottes weltweit muss man nüchtern feststellen, dass sich die westliche Kultur laufend entchristlicht, d.h. von ihrem christlichen Fundament verabschiedet. Das stellt das Volk Gottes heute vor die Aufgabe, das Reich Gottes in neuer Weise in die Gesellschaft einzubringen.

Dazu kommt, dass es weltweit noch viele Völker gibt, in denen das Reich Gottes kaum Fuss gefasst hat, geschweige denn die Kultur in Richtung Gerechtigkeit beeinflusst. Denken Sie nur an die islamische Welt.

Schliesslich zeigt ein Blick in die Schweiz, dass die Schule, die Uni, die Forschung, dass die Arbeitswelt, dass Sport und Kunst, dass Medien und Politik nur geringfügig vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit beeinflusst sind. Lehren, forschen, arbeiten, schreiben, berichten, politisieren aufgrund einer christlichen Weltanschauung findet kaum statt – dies zum Schaden unseres Landes. Derweil nehmen soziale Unsicherheit, Gewalt, Korruption, Menschenhandel, Abzockerei zu.

Hier tut sich eine Kluft auf zwischen dem, was ist, und dem, was durch Gottes Kraft möglich wäre.

Aus diesen Gründen schliesse ich, dass Jesus seine Ziele noch nicht erreicht hat. Ich bin aber überzeugt, dass das Reich Gottes alle Völker und Kulturen durchdringen und heilen wird. Das Ziel, das mit der Geburt Jesu proklamiert wurde, wird erreicht werden! Ein nicht geringer Teil dieser Aufgabe gehört zu Ihrem und meinem Verantwortungsbereich. Man hat gesagt, dass Gebet und Glaube mehr erreichen als man denkt ...

EVP beendet in Winterthur Fraktionsgemeinschaft

Von Daniel Suter

Mit dem Rücktritt von Herbert Iseli rückt Zeno Dähler in den Gemeinderat nach und die EVP kündigt die Fraktionsgemeinschaft.

Seit 18 Jahren politisierte Herbert Iseli (59) für die EDU im Grossen Gemeinderat von Winterthur. Damit war er das amtsälteste Mitglied des Parlaments. Iseli war 10 Jahre lang Teil der EVP/EDU-Fraktion. Am 1. Oktober trat er zurück. An seine Stelle trat der Winterthurer EDU-Präsident Zeno Dähler, der sein Amt am 2. Oktober aufnahm. Iseli nannte als Gründe für seinen Rücktritt die berufliche Belastung sowie sein zeitintensives Hobby, den Sportclub Hegi, wo er vor 5 Jahren die Juniorenabteilung gegründet hat. Dort verbringen inzwischen bereits etwa 200 Jugendliche ihre Freizeit.

Mit dem Rücktritt von Herbert Iseli und dem Eintritt von Zeno Dähler hat die EVP die Fraktionsgemeinschaft aufgekündigt. Fraktionschef Nik Gugger begründet diesen Schritt offiziell damit, dass die EVP Dähler zu wenig kenne. Allerdings ist dieser weit herum

bekannt dafür, dass er seinen Glauben nicht unter den Scheffel stellt. Und einem persönlichen und politischen Kennenlernen stand vonseiten der EDU rein gar nichts im Weg.

Ist vielleicht gerade Dählers pointiertes christliches Bekenntnis der Stein des Anstosses für die EVP? Auf jeden Fall ist der EVP sauer aufgestossen, dass wir im ersten Wahlgang der Stadtratswahlen vom 17. Juni neben dem EVP-Mann Gugger auch die FDP-Kandidatin Barbara Günthard-Maier sowie René Isler von der SVP zur Wahl empfohlen haben. Dafür dürfte die EDU nun mit der Kündigung der Fraktionsgemeinschaft abgestraft worden sein.

Was bleibt, ist, dass EVP und EDU auf der Basis der Bibel politisieren wollen. Darum hoffen wir, dass wieder eine Zusammenarbeit möglich wird.



Zeno Dähler
Winterthur

Termine und Veranstaltungen

Sie sind ganz herzlich eingeladen zu den folgenden Gebetstreffen:

Gossau

Jeden Mittwoch, 19.30 Uhr
(nach Absprache auch andere Abende möglich, ausser Montag)

Wo:
Im Zentrum 12, 8625 Gossau ZH

Auskunft:
Sven und Erika Schelling
Tel. 043 928 01 57

Männedorf

Jeweils am Freitag, 14–15 Uhr
in den geraden Kalenderwochen:
11. und 25. Jan., 8. und 22. Febr.

Wo:
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf

Auskunft:
Margrit Vetter, Tel. 044 920 45 43

Richterswil

Jeweils am 2. Freitag des Monats
um 20 Uhr:
11. Jan., 8. Febr., 8. März

Wo:
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil

Auskunft:
Sonja Denzler, Tel. 044 784 30 23

Steinmaur

Jeweils am 2. und 4. Montag
des Monats um 20 Uhr:
14. und 28. Jan., 11. und 25. Febr.

Wo:
Ref. Kirchgemeindehaus (1. Stock)
Schulwiesstrasse 7, 8162 Steinmaur

Auskunft:
Marianne Wäfler, Tel. 044 856 01 93
Ruth Sevin, Tel. 044 858 49 37

Winterthur

Auskunft:
Zeno Dähler, Tel. 052 511 21 13
daehler@daehler.info

Zürich

Jeweils am 2. Mittwoch des Monats
von 18.30–19 Uhr:
9. Jan., 13. Febr., 13. März

Wo:
Raum der Stille, Cevi-Zentrum,
Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich

Auskunft:
Achim Witzig, Tel. 044 322 61 46

Bescheid wissen – richtig abstimmen mit Markus Wäfler alt NR EDU

Volksabstimmung vom 3. März 2013

Mo, 21. Januar, 20 Uhr – Rüti
Restaurant Löwen, Dorfstrasse 22

Di, 22. Januar, 20 Uhr – Uster
Hotel Ochsen (Saal Oxtail), Zentralstrasse 23

Do, 31. Januar, 20 Uhr – Uerikon/Stäfa
Hechtsaal, Seestrasse 262

Fr, 1. Februar, 20 Uhr – Fehraltorf
Heiget-Huus, Schulhausstrasse

VORANZEIGE

Zürich: Freitag, 1. März 2013, 19.30 Uhr

Parteitag/Mitgliederversammlung

Auskunft:
Daniel Suter, Tel. 052 222 42 61
sekretariat@edu-zh.ch



2013 – Israel-Rundreisen

Israel-Frühlingsreise 29.4.–13.5.2013
mit Badewoche in Netanya bis 20.5.

Israel-Herbstreise 21.10.–4.11.2013
mit Badewoche in Eilat bis 11.11.

Pro Israel-Freizeit 16.–23.3.2013
mit Henri Vaucher, Jerusalem
im Hotel Paladina, Pura/TI

Prospekt:
PRO ISRAEL, Postfach, 3607 Thun
Tel. 033 335 41 84
info@proisrael.ch, www.proisrael.ch

Schlusspunkt

Was ich noch sagen wollte...

Weihnachten ist meist eine eher stressige Zeit. Was sollte man noch alles erledigen und einkaufen? Dieses Jahr begannen einige Geschäfte schon Anfang September mit weihnächtlichen Dekorationen. Weihnachten schon drei Monate im Voraus?? Da ist die Welt für mich etwas durcheinandergeraten. Stress? In Ordnung. Auf ein Fest bereitet man sich normalerweise auch entsprechend vor. Man möchte alles möglichst perfekt haben, die kleinen Details müssen stimmen. Weihnachten ist schliesslich nur einmal im Jahr.

Als Kind ging ich mit meinen Eltern vor Weihnachten jeweils die Weihnachtsbeleuchtung in Zürich bewundern. Einfach die Lichter betrachten, kein Einkaufen, keinen Stress, nur geniessen. Diese Tradition lebte bei uns vor einigen Jahren wieder auf und damit auch viele schöne Erinnerungen. Weihnachten ist das Wunder, das uns Gott geschenkt hat mit seinem Sohn Jesus Christus. Lassen wir uns von IHM immer wieder berühren – auch im Weihnachtsstress. Denn er ist gekommen, dass wir Leben haben, und zwar im Überfluss. Frohe und gesegnete Weihnachten!



Oliver Kohler, Präsident
junge EDU Kanton Zürich



Jetzt informieren und anmelden

ASBB
Arbeitsgemeinschaft für Schulen
auf biblischer Basis

Schule für Ihr Kind

Vorbereitung auf Leben und Beruf

- Oberstufe, Tagesschulbetrieb
- christliche Ausrichtung
- überschaubare Klassengrössen
- seit 20 Jahren bewährt

Informationsabend
Mittwoch, 20. März 2013, 20 Uhr

Christl. Sekundarschule Dübendorf (Sek A + B)
Neugutstrasse 52, 8600 Dübendorf
www.csduebendorf.ch

Kontakt: urs.schwarz@asbb.ch
Tel. 044 915 40 45, www.asbb.ch